**Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin**

Federführender Fachbereich Umwelt und Technik		Drucksachen-Nr. 576/2000
		☒ Öffentlich
		☐ Nicht öffentlich
Beschlussvorlage		
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	27.09.2000	Beratung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	02.11.2000	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

**Gesellschaft "Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH"
hier: Gründung und Abschluss des Gesellschaftsvertrages**

Beschlussvorschlag

1. Die Gründung der Gesellschaft „Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL)“ zum 01.01.2001 wird beschlossen.
2. Dem Gesellschaftsvertrag für die EBGL wird zugestimmt. Formelle Änderungen auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde oder des Notars, die den materiellen Gehalt des Gesellschaftsvertrages nicht berühren, bedürfen keiner erneuten Zustimmung.
3. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, die Neugründung der EBGL nach § 115 GO NW der Bezirksregierung Köln anzuzeigen.
4. Für den Fall der Zustimmung der Bezirksregierung Köln zur Neugründung der EBGL wird bereits folgender Beschluss gefasst:
In die Gesellschafterversammlung der EBGL – Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH werden als Vertreter des Rates der Stadt Bergisch Gladbach
 1.
 2.
 3.
 und als Vertreter der Bürgermeisterin gem. § 113 Abs. 2 GO NW
 4. der Stadtbaurat
 5. der Leiter des Fachbereichs 7 gewählt.

Sachdarstellung / Begründung

Der mit der Duales System Deutschland AG (DSD) geschlossene Leistungsvertrag endet voraussichtlich am 31.12.2003. Für den Folgezeitraum von 5 Jahren werden die Verträge europaweit ausgeschrieben.

Da kommunale Eigenbetriebe im Hinblick auf die Lohnkostenstruktur gegenüber privaten Entsorgungsunternehmen als Mitbewerber nicht konkurrenzfähig sind, wurde die Gründung einer privatrechtlich organisierten GmbH vorgeschlagen. Insoweit wird auf Drucksache Nr. 498/2000 zu TOP A 9 der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 23.08.2000 Bezug genommen.

Der AUIV beauftragte den Abfallwirtschaftsbetrieb mehrheitlich, die Gründung der „Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH“ vorzubereiten. Der daraufhin verfasste Entwurf des Gesellschaftsvertrages ist als Anlage beigelegt.

Der Gesellschaftsvertrag ist auf die Gesellschaftsverträge der Nachbarkommunen abgestimmt, deren Gesellschaften sich zukünftig zu einer gemeinsamen DSD-Zweckgesellschaft zusammenschließen wollen, die als Vertragspartner gegenüber der DSD AG und privaten Sortierbetrieben auftreten soll.

Es wird vorgeschlagen, fünf Vertreter für die Gesellschafterversammlung zu wählen. Hierbei sollte es sich um drei Ratsmitglieder sowie den Stadtbaurat und den Leiter des Fachbereichs 7 als geborene Mitglieder handeln. Die Entsendung von Mitgliedern der Verwaltung als Vertreter der Bürgermeisterin ist in § 113 GO NW vorgeschrieben.

Die Gründung der Gesellschaft ist der Bezirksregierung anzuzeigen. Es wird davon ausgegangen, dass seitens der Aufsichtsbehörde keine Einwände geltend gemacht werden, zumal der RP Köln bereits der Gründung der EDL (Leverkusen) zugestimmt hat und der RP Düsseldorf die Zustimmung zu den Gesellschaftsgründungen in Wuppertal und Solingen signalisiert hat.

Gesellschaftsvertrag

der

EBGL – Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach Gesellschaft mit beschränkter Haftung

§ 1

Firma und Sitz

1. Die Firma ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma:

EBGL – Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH

2. Der Sitz der Gesellschaft ist Bergisch Gladbach.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen im Bereich der Sammlung, des Transports und der Verwertung von Abfällen.

§ 3

Dauer der Gesellschaft und Geschäftsjahr

1. Die Dauer der Gesellschaft ist unbestimmt.
2. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

§ 4

Stammkapital und Stammeinlagen

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt

DM 50.000,00

(in Worten: fünfzigtausend Deutsche Mark)

Es wird in voller Höhe durch die Stadt Bergisch Gladbach – Abfallwirtschaftsbetrieb – gehalten.

§ 5

Gesellschaftsorgane

Die Organe der Gesellschaft sind:

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

§ 6

Gesellschafterversammlung

1. Die Stadt Bergisch Gladbach als alleinige Gesellschafterin entsendet in die Gesellschafterversammlung 5 Mitglieder.
2. Die Mitglieder sind vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach zu wählen. Sie werden für die Dauer der jeweiligen Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach bestellt. Sie führen nach Ablauf der Wahlperiode die Geschäfte bis zur Bestellung der neuen Mitglieder der Gesellschafterversammlung weiter.
3. Die Mitgliedschaft in der Gesellschafterversammlung endet vorzeitig mit dem Ausscheiden aus dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach bzw. mit dem Ausscheiden aus dem Dienst der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach oder durch Niederlegung.
4. Scheidet ein Mitglied der Gesellschafterversammlung während der Wahlperiode des Rates aus, so wählt der Rat für die Restzeit einen Nachfolger.

§ 7

Einberufung und Vorsitz der Gesellschafterversammlung

1. Die Gesellschafterversammlungen werden durch die Geschäftsführung einberufen. Es genügt die Einberufung durch einen Geschäftsführer. Die Einberufung erfolgt schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung. Zwischen dem Tag der Absendung und dem Tag der Gesellschafterversammlung muss eine Frist von mindestens 10 Tagen liegen, den Tag der Absendung nicht mitgerechnet.
2. Die ordentliche Gesellschafterversammlung hat mindestens einmal jährlich, und zwar bis spätestens 8 Monate nach Ende des Geschäftsjahres, stattzufinden.
3. Außerordentliche Gesellschafterversammlungen sind unverzüglich einzuberufen, wenn eine Beschlussfassung der Gesellschafter erforderlich wird und ferner dann, wenn einer der Gesellschafter oder die Geschäftsführung dieses schriftlich beantragen und insbesondere auch für den Fall, dass der Abschlussprüfer eine Einberufung für dringend erforderlich hält, um den Prüfungsbericht zu besprechen oder die Lage der Gesellschaft zu erörtern.

4. Den Vorsitz der Gesellschafterversammlung hat der aus seiner Mitte gewählte Vorsitzende.
5. Über alle Gesellschafterbeschlüsse ist eine Niederschrift anzufertigen, die von dem Vorsitzenden und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist. Der Inhalt der Niederschrift gilt als von jedem Gesellschafter genehmigt, sofern er der Richtigkeit nicht binnen zwei Wochen nach Empfang gegenüber dem Vorsitzenden unter Angabe der Gründe schriftlich widersprochen hat.
6. Die Teilnahme an der Gesellschafterversammlung ist ehrenamtlich.

§ 8

Aufgaben der Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Feststellung des Wirtschaftsplanes sowie des 5-Jahres-Finanzplanes
- Feststellung des Jahresabschlusses und seiner Nachträge
- Verwendung des Jahresergebnisses
- Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung
- Entlastung der Geschäftsführung
- Erhöhung oder Herabsetzung des Stammkapitals
- Änderung des Gesellschaftsvertrages
- Entscheidung über die Zustimmung zur Verfügung über Geschäftsanteile
- Entscheidung über die Beteiligung an anderen Gesellschaften
- Änderung der Rechtsform, die Umwandlung und Auflösung der Gesellschaft
- Bestellung des Abschlussprüfers
- Abschluss und Änderung von Anstellungsverträgen mit der Geschäftsführung
- Aufstellung der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung

Die Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach in der Gesellschafterversammlung sind an Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden.

§ 9

Geschäftsführung und Vertretung

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer oder Geschäftsführerinnen (Geschäftsführung).
2. Ist nur ein Geschäftsführer / eine Geschäftsführerin bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein, sind mehrere Geschäftsführer / Geschäftsführerinnen bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer / Geschäftsführerinnen gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer / eine Geschäftsführerin in Gemeinschaft mit einem Prokuristen / einer Prokuristin vertreten. Die Geschäftsführer / Geschäftsführerinnen können durch Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen vertreten werden. Die Gesellschafterversammlung kann, auch wenn mehrere Geschäftsführer / Geschäftsführerinnen bestellt sind, einem bzw. einer, mehreren oder allen die Befugnis zur Einzelvertretung erteilen.

3. Die Geschäftsführung gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedarf. Sie ist den Weisungen der Gesellschafterversammlung und der Geschäftsordnung verpflichtet.
4. Die Geschäftsführer / Geschäftsführerinnen sind bei Vornahme von Rechtsgeschäften mit den Gesellschaftern oder damit verbundenen Unternehmen von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.
5. Der Geschäftsführung obliegt die gerichtliche sowie die außergerichtliche Vertretung der Gesellschaft.
6. Die Anstellungsverträge der Geschäftsführer / Geschäftsführerinnen werden für die Gesellschaft durch die Mitglieder der Gesellschafterversammlung geschlossen.

§ 10

Wirtschaftsplan

Die Geschäftsführung stellt bis spätestens 3 Monate vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres einen Wirtschaftsplan auf. Der Wirtschaftsplan umfasst den Vermögensplan, den Erfolgsplan und den Personalbedarfsplan.

Gleichzeitig hat die Geschäftsführung auf der Grundlage des Investitionsprogramms eine fünfjährige Finanzplanung aufzustellen.

§ 11

Jahresabschluss, Lagebericht, Prüfung und Ergebnisverwendung

1. Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) und Lagebericht der Gesellschaft sind gem. § 108 Abs. 1 Nr. 8 GO NW aufzustellen und nach Prüfung durch den Abschlussprüfer mit dem Vorschlag für die Verwendung des Ergebnisses der Gesellschafterversammlung vorzulegen.
2. Jahresabschluss und Lagebericht sind nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches zu prüfen.
3. Die Gesellschafterversammlung hat spätestens bis zum Ablauf der ersten acht Monate des Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses, über die Ergebnisverwendung gem. § 29 GmbH-Gesetz für das vorangegangene Geschäftsjahr sowie über die Entlastung der Geschäftsführung zu beschließen.
4. Die in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz aufgeführten Rechte und Prüfungen werden vom Abschlussprüfer wahrgenommen und im Prüfungsbericht gesondert ausgewiesen.
Gemäß § 112 Abs. 1 Gemeindeordnung NW (GO NW) werden dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Bergisch Gladbach zur Wahrnehmung der ihm übertragenen Aufgaben die in § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz genannten Rechte eingeräumt.

§ 12

Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen, soweit nicht eine andere Bekanntmachung zwingend vorgeschrieben ist, ausschließlich im Bundesanzeiger.

§ 13

Gründungs Aufwand

Den Gründungsaufwand trägt die Gesellschaft bis zur Höhe von 10.000 DM.

§ 14

Schlussbestimmungen

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein, so bleibt der Vertrag im übrigen gleichwohl gültig. In einem solchen Fall ist die ungültige Bestimmung des Gesellschaftsvertrages durch Beschluss der Gesellschafter so zu ändern, dass der mit der ungültigen Bestimmung beabsichtigte wirtschaftliche Zweck erreicht wird. Dasselbe soll dann gelten, wenn bei Durchführung des Gesellschaftsvertrages eine ergänzungsbedürftige Lücke offenbar wird.